

Gegenseitiger Respekt

AntragstellerIn:

RCDS Freiburg

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

Der Studierendenrat möge beschließen, in §1 der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg einen neuen Absatz eins* einzufügen:

Einzufügender Wortlaut ist: "

1. (1) Die Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg bekennt sich zu einem diskriminierungsfreien Studium auf Grundlage des gegenseitigen Respekts und einer Achtung der Vielfaltigkeit aller Menschen.

Sie wahrt und bekennt sich daher zur Unantastbarkeit der

1. menschlichen Würde,
2. toleranten, freiheitlich-demokratischen Grundordnung,
3. Gleichberechtigung und Benachteiligungsfreiheit aller unabhängig von Abstammung, Ethnie und Herkunft, Geschlecht und Sexualität, religiöser oder gesellschaftspolitischer Anschauung, Alter, Behinderung sowie sonstigen äußeren Körpermerkmalen."

*Die hier beantragte Einfügung eines neuen Absatzes möge bei gleichzeitiger Annahme der vom Antragssteller zuvor gestellten 1. Satzungsänderung §1 Abs.1 sein, hinter den bei Annahme weiterer Satzungsänderungen weitere Absätze angeordnet werden, d.h. eine möglichst niedrige Absatznummerierung erhalten, ohne zuvor angenommene Satzungsänderungen zu verdrängen. Bei Nichtannahme des ersten Satzungsänderungsantrags mögen die momentanen §1 Abs.1ff. hinter diesem neuen §1 Abs. 1 eingeordnet werden, ihre Absatzzahl daher jeweils erhöht werden.

Begründung:

Die Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft enthält leider kein vorangestelltes Bekenntnis zu Grundwerten des gemeinsamen Zusammenlebens und Studierens. Als Grundlage der Verfassten Studierendenschaft, die Grenzen und Richtlinien der Arbeit aller ihr angehörenden Gremien vorgibt, sollte sie wesentliche Richtungsentscheidungen klar definieren. Dazu gehört ein Bekenntnis zu universellen Menschen- und Grundrechten, sowie zu den Grundbedingungen für ein freies und selbstbestimmtes Studium.

Angesichts der weltweit und auch in Europa auftretenden, besorgniserregenden Tendenzen, eigentlich selbstverständliche Grundwerte auszuhöhlen und schließlich abzuschaffen, ist es umso wichtiger, diese nicht für selbstverständlich zu halten, sondern nun explizit zu definieren, um sich im Extremfall auf sie berufen zu können. Daher sollte unsere Satzung anderen Regelwerken von Institutionen, wie dem Grundgesetz, die deutlich älter sind, in Sachen Mindeststandards nicht nachstehen, sondern ganz im Gegenteil, den Fortschritt bzgl. vieler Prinzipien durch progressivere Mindeststandards ausdrücklich Rechnung tragen. Dazu sollen die folgenden Einfügungen dienen.

Der absoluten Wichtigkeit eines toleranten und freiheitlichen Zusammenlebens, sowie eines diskriminierungsfreien Lernens soll durch diese drei ersten und mit Abstand bedeutendsten Grundwerte Rechnung getragen werden.

(Eine feste Nummerierung der neu einzufügenden Absätze ist nur sinnvoll, sofern alle Anträge sicher angenommen werden. Die mit * gekennzeichnete Klarstellung soll daher, sofern nur einige Satzungsänderungen beschlossen werden, dafür sorgen, dass diese möglichst vordere Absätze von §1 der Organisationssatzung darstellen, ohne zuvor beschlossene Änderungen zu verdrängen.).

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).